

Niederschrift  
der 04. Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 09.10.2014  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 20:15 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus

**Anwesend:**

Mitglieder

Herr Michael Adomeit  
Herr Dirk Arendt  
Frau Ute Bartel  
Herr Stefan Bauschke  
Herr Manfred Butter  
Frau Dr. Heike Carstensen  
Frau Kerstin Chill  
Frau Sabine Ehlert  
Frau Friederike Fechner  
Herr Thomas Haack  
Herr Maik Hofmann  
Herr Uwe Jungnickel  
Frau Anett Kindler  
Frau Andrea Kühl  
Herr Matthias Laack  
Herr Hendrik Lastovka  
Frau Susanne Lewing  
Herr Thomas Lewing  
Herr Detlef Lindner  
Herr Christian Meier  
Herr André Meißner  
Frau Claudia Müller  
Herr Peter Paul  
Herr Michael Philippen  
Herr Thoralf Pieper  
Herr Marc Quintana Schmidt  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Herr Christian Ramlow  
Herr Niklas Rickmann  
Herr Gerd Riedel  
Herr Thomas Schulz  
Herr Maximilian Schwarz  
Herr Friedrich Smyra  
Frau Dr. med. Annelore Stahlberg  
Frau Sonja Steffen  
Herr Jürgen Suhr  
Herr Gerd Tiede  
Herr Peter van Slooten  
Frau Ann Christin von Allwörden  
Herr Dr. Arnold von Bosse  
Herr Dr. med. Ronald Zabel

## **Tagesordnung:**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3** Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung
- 4** Billigung der Niederschrift der 03. Sitzung vom 04.09.2014
- 5** Mitteilung des Präsidenten
- 6** Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 7** Anfragen
- 7.1** Gebäude der ehemaligen Planenfabrik in der Böttcherstraße  
Einreicher: Gerd Riedel  
Vorlage: kAF 0058/2014
- 7.2** Zustand der Kaianlage Ballastkiste zwischen den Gebäuden "Werkstatt" bis "Fischermann's" - Zustand der Oberflächen im gesamten Areal  
Einreicher: Matthias Laack  
Vorlage: kAF 0061/2014
- 7.3** zur ehemaligen Reithalle auf dem Dänholm  
Einreicher: Friedrich Smyra  
Vorlage: kAF 0063/2014
- 7.4** Entwicklung von Baugrundstücken in der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Peter van Slooten  
Vorlage: kAF 0067/2014
- 7.5** Flutlichtanlage Speedwaystadion  
Einreicher: Fraktion BfS/AfD  
Vorlage: kAF 0057/2014
- 7.6** zum Ostsee-Radwanderweg  
Einreicher: Dr. Heike Carstensen  
Vorlage: kAF 0068/2014
- 7.7** Verkauf der Anteile an der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH  
Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: kAF 0066/2014
- 7.8** wirtschaftliche Entwicklung der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Niklas Rickmann  
Vorlage: kAF 0069/2014
- 7.9** Geruchs-und Lärmbelästigung durch Kreuzfahrtschiffe

Einreicher: Michael Adomeit  
Vorlage: kAF 0059/2014

- 7.10** zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Hansestadt  
Einreicherin: Claudia Müller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: kAF 0064/2014
- 7.11** Beratungen zur Perspektive des Theaters  
Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: kAF 0065/2014
- 7.12** Nutzung von Bühnflächen an Schulen  
Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: kAF 0062/2014
- 7.13** Namensänderung des Stadions der Freundschaft  
Einreicher: Sonja Steffen  
Vorlage: kAF 0070/2014
- 7.14** Zum anvisierten Verkauf des Kniepertors durch die Hansestadt  
Einreicher: Dirk Arendt  
Vorlage: kAF 0060/2014
- 8** Einwohnerfragestunde
- 9** Anträge
- 9.1** Änderung der Hauptsatzung  
Einreicher: Fraktion BfS/AfD  
Vorlage: AN 0226/2014
- 9.2** Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft  
Einreicher: Präsident der Bürgerschaft  
Vorlage: AN 0227/2014
- 9.3** Informationsveranstaltung zum GORCH FOCK Gutachten  
Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste  
Vorlage: AN 0224/2014
- 9.4** Aufruf der Bürgerschaft  
Einreicher: SPD-Fraktion, CDU/FDP-Fraktion, Fraktion LINKE offene Liste, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion BfS/AfD, Michael Adomeit, Gerd Riedel  
Vorlage: AN 0231/2014
- 9.5** zur Berufung von Mitgliedern in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund  
Einreicher: Präsident der Bürgerschaft  
Vorlage: AN 0223/2014
- 9.6** Wahl eines Stellvertreters in den Ausschuss für Familie und Gleichstellung  
Einreicher: Fraktion Bürger für stralsund/AfD  
Vorlage: AN 0222/2014

- 9.7** Wahl eines Stellvertreters in den Finanz- und Vergabeausschuss  
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD  
Vorlage: AN 0221/2014
- 9.8** Wahl eines Stellvertreters in den Verwaltungsrat des Deutschen Meeresmuseums  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0233/2014
- 9.9** Friedhof der Soldaten der Roten Armee und Denkmal vor der Marienkirche  
Einreicher: Dirk Arendt  
Vorlage: AN 0225/2014
- 9.10** Zur Namensvergabe von Sportstätten  
Einreicher Fraktion Bürger für Stralsund/AfD  
Vorlage: DAn 0003/2014
- 10** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und des Oberbürgermeisters
- 11** Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung
- 12** Behandlung von Vorlagen
- 12.1** Zuwendungsvereinbarungen für freiwillige Leistungen der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0087/2014
- 12.2** 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt Stralsund für den Zeitraum 2015-2020  
Vorlage: B 0088/2014
- 12.3** Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0097/2014
- 13** Verschiedenes
- 14** Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil
- 17** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil
- 18** Schluss der Sitzung

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, begrüßt alle anwesenden Bürgerschaftsmitglieder, den Oberbürgermeister Herrn Dr. Badrow und die Senatoren Herrn Hartlieb und Herrn Albrecht sowie alle Gäste der 04. Sitzung.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung gibt Herr Paul bekannt, dass von 43 Bürgerschaftsmitgliedern zu Beginn der Sitzung 41 Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind.

## **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Herr Arendt beantragt, den Antrag des TOP 9.4 von der Tagesordnung zu streichen und begründet dies.

Herr Hofmann beantragt, den Dringlichkeitsantrag DAn 0003/2014 in die Tagesordnung aufzunehmen und begründet die Dringlichkeit.

Herr Albrecht zieht die Vorlage B 0087/2014 unter TOP 12.1 zurück. Sie wird zur nächsten Sitzung erneut eingereicht.

## **zu 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung und Eintritt in die Tagesordnung**

### 1. Abstimmung

Abstimmung des Antrages zur Absetzung der Beratung des TOP 9.4

Abstimmung: Mit der Mehrheit aller Gemeindevertreter abgelehnt

### 2. Abstimmung

Abstimmung des Antrages zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrag der Fraktion BfS/FDP zur Zur Namensvergabe von Sportstätten

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter

2014-VI-04-0099

Der Dringlichkeitsantrag wird unter TOP 9.10 eingeordnet.

### Abstimmung der Gesamttagesordnung

Der Präsident stellt die veränderte Tagesordnung wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: Mehrheit aller Gemeindevertreter

2014-VI-04-0076

#### **zu 4 Billigung der Niederschrift der 03. Sitzung vom 04.09.2014**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Billigung der Niederschrift der 03. Sitzung vom 04.09.2014 ohne Änderungen/Ergänzungen.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

2014-VI-04-0077

#### **zu 5 Mitteilung des Präsidenten**

Herr Paul berichtet zunächst über die Gedenkveranstaltungen zum Bombenangriff auf Stralsund vor 70 Jahren. In Gedenken der Opfer bittet der Präsident die Anwesenden um eine Schweigeminute.

Mit Bezug zum Beschluss 2014-VI-01-0011 teilt der Präsident mit, dass der Prüfauftrag an den Oberbürgermeister zur Erstellung eines Doppelhaushaltes ergab, dass aufgrund nachzuholender Jahresabschlüsse der Jahre 2011, 2012, 2013 sowie dem Erfordernis eines doppischen Gesamtabschlusses (Konzernabschluss) ab dem Haushaltsjahr 2017 die Erstellung eines Doppelhaushaltes im Finanzplanungszeitraum bis 2018 kurzfristig nicht umsetzbar ist.

Es wird die Erstellung eines Doppelhaushaltes mit der Novellierung des Finanzausgleichs 2018 ab den Haushaltsjahren 2019/2020 vorgeschlagen.

Das entsprechende Schreiben liegt den Fraktionen und Einzelmitgliedern der Bürgerschaft vor. Herr Paul bittet um Kenntnisnahme der Umsetzung des Beschlusses.

Mit Bezug zum Beschluss 2014-V-01-1078 teilt Herr Paul mit, dass der Theaterintendant der halbjährlichen Berichterstattung nachkam und Ausführungen über die Bemühungen der Intendanz für eine Verbesserung der Zuschauerzahlen am Theater Vorpommern gab. Der Bericht liegt den Fraktionen und Einzelmitgliedern der Bürgerschaft vor. Auch hier bittet er um Kenntnisnahme der Umsetzung des Beschlusses.

Weiter teilt der Präsident mit, dass zum Antrag auf Akteneinsichtnahme des Bürgerschaftsmitgliedes Herrn Laack zur Vergabe der Machbarkeitsstudie Gorch Fock I Informationen des Senators und 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters, Herrn Hartlieb, vorliegen. Die Behauptung, dass auf die Mail vom 30.07.2014 zur Akteneinsicht zur Gutachtervergabe für die Gorch Fock I seitens der Stadtverwaltung nicht reagiert wurde, entspricht nicht der Wahrheit.

Das entsprechende Schreiben liegt den Fraktionen und Einzelmitgliedern der Bürgerschaft vor. Herr Paul bittet um entsprechende Kenntnisnahme.

Ergänzend teilt er hierzu mit, dass mit Schreiben vom 06.10.2014 die Bürgerschaftsmitglieder Herr Laack und Herr Michael Adomeit einen entsprechenden Antrag auf Akteneinsichtnahme beim Oberbürgermeister stellten.

Weiter informiert der Präsident ebenfalls über einen Antrag auf Akteneinsichtnahme durch das Bürgerschaftsmitglied Herr van Slooten. Hier wurde beim Oberbürgermeister Einsicht in die Unterlagen der zwischen der Kuhnle-Tours-GmbH und der Hansestadt Stralsund geschlossenen Verträge beantragt.

Herr Paul bittet dies zur Kenntnis zu nehmen.

Der Präsident teilt weiter mit, dass das durch die Fraktion BfS/AfD berufene Bürgerschaftsmitglied Thomas Haack sein Mandat als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie und Gleichstellung niedergelegt hat.

Herr Adomeit entschuldigt sich auch im Namen von Herrn Laack bei Herrn Hartlieb für die Anschuldigungen zur Problematik Akteneinsichtnahme. Das Handeln des Senators und 1. Stellvertreters wird als völlig korrekt angesehen.  
Herr Hartlieb nimmt die Entschuldigung an.

## **zu 6        Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Seitens des Oberbürgermeisters erfolgen keine geschäftlichen Mitteilungen

## **zu 7        Anfragen**

### **zu 7.1      Gebäude der ehemaligen Planenfabrik in der Böttcherstraße Einreicher: Gerd Riedel Vorlage: kAF 0058/2014**

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

Das Gebäude Böttcherstraße 34 wurde 2012 von Privat an einen neuen privaten Eigentümer verkauft. Ein Bauantrag ist im August dieses Jahres eingereicht worden. Vorgesehen sind die Sanierung der vorhandenen Bausubstanz und der Umbau zu Wohn- und Gewerbe-zwecken einschließlich Arztpraxen.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

### **zu 7.2      Zustand der Kaianlage Ballastkiste zwischen den Gebäuden "Werkstatt" bis "Fischermann's" - Zustand der Oberflächen im gesamten Areal Einreicher: Matthias Laack Vorlage: kAF 0061/2014**

Herr Bogusch beantwortet die Anfrage wie folgt

Die Oberflächen im Bereich zwischen den Gebäuden Fischermann's und Werkstatt befinden sich tatsächlich in einem sanierungsbedürftigen Zustand, der einen grundhaften Ausbau erfordert. In den vergangenen Jahren konnten hier bislang nur punktuelle Schadensbeseitigungen durchgeführt werden.

Nach derzeitigem Stand wird mit der grundhaften Sanierung der genannten Flächen ab dem Jahr 2016 begonnen.

Herr Laack fragt nach, ob bekannt ist, dass durch die vorhandenen Schäden eine Sicherheitsgefährdung gegeben ist.

Herr Bogusch wiederholt, dass bekannt ist, dass die Flächen stark sanierungsbedürftig sind, jedoch auch einer sehr aufwendigen Sanierung bedürfen. Er verweist nochmals auf die Planung für das Jahr 2016.

Herr Dr. Badrow verweist darauf, dass in der Stadt bestimmt noch 1000 Löcher zu sanieren sind. An diesen Problemen arbeitet die Hansestadt ständig. Gleichzeitig merkt er an, dass bereits 10.000 Löcher in der Stadt beseitigt wurden.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 7.3      zur ehemaligen Reithalle auf dem Dänholm**  
**Einreicher: Friedrich Smyra**  
**Vorlage: kAF 0063/2014**

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.)

Das Gebäude steht unter regelmäßiger bauaufsichtlicher Kontrolle. Bisher ist die grundsätzliche Standsicherheit des Gebäudes noch gegeben und das Gebäudeinnere für Unbefugte nicht zugänglich.

zu 2.)

Das Gebäude ist erst im Jahr 1995 als Einzeldenkmal inventarisiert und in die Denkmalliste aufgenommen worden. Bereits zu diesem Zeitpunkt muss jedoch der Zustand des leerstehenden Gebäudes kritisch gewesen sein, denn schon wenige Jahre später wurden in einer Bau- und Zustandsbeschreibung von 2000 und einem Holzschutztechnischen Untersuchungsbericht von 2004 gravierende Schäden nachgewiesen. Die Sanierung käme einem weitgehenden Neubau gleich und hätte somit den Verlust der Denkmaleigenschaft zur Folge. Daraufhin musste im Jahr 2005 mit Einvernehmen des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege eine Abbruchgenehmigung erteilt werden, von der jedoch bisher noch kein Gebrauch gemacht wurde.

Der Fachwerkbau ist in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts als Lagerhaus errichtet worden und wurde in der Folgezeit als Exerzierhalle, zuletzt als Ausbildungshalle für Artilleriemechaniker genutzt. Die kontinuierliche Pflege und Instandsetzung der anfälligen Holzkonstruktion ist über einen längeren Zeitraum versäumt worden.

Insofern bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten, Instandsetzungsmaßnahmen mit dem Ziel der dauerhaften Erhaltung gegenüber dem Eigentümer durchzusetzen.

zu 3.)

Die Bebauungsgeschichte dieses Grundstücks reicht über den Bau der sogenannten Reithalle hinaus. Bis 1867 befand sich an diesem Standort ein zuletzt als Ausflugslokal genutztes Gebäude.

In Fortsetzung dieser Bebauungstradition wäre im Falle des Abbruchs eine Neubebauung dieses Grundstückes mit einer geeigneten Nutzung wünschenswert und baurechtlich grundsätzlich zulässig.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 7.4      Entwicklung von Baugrundstücken in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Peter van Slooten**  
**Vorlage: kAF 0067/2014**

Herr Wohlgemuth beantwortet die Anfrage wie folgt:

Im Rahmen der städtebaulichen Gesamtmaßnahme 'Altstadtinsel' wurden über die SES mbH seit 2008 insgesamt 88 Kaufverträge (Verkauf) geschlossen.

Davon wurden:

bei 68 Grundstücken, die Sanierungs- bzw. Neubauverpflichtungen erfüllt, für 15 Grundstücke laufen die Fristen erst zu einem späteren Zeitpunkt ab, für 5 Grundstücke ist die Frist zur Neubebauung bzw. Sanierung bereits abgelaufen.

Für vier von diesen fünf Grundstücken erfolgte nach Prüfung eine Verlängerung; für einen Grundstückskaufvertrag erfolgte die Rückabwicklung.

In den Fällen einer nicht fristgemäßen Erfüllung der Verpflichtungen werden die Eigentümer angeschrieben bzw. zum Gespräch eingeladen, um in jedem Einzelfall zu klären, welche Gründe hierzu vorliegen. In der Regel erfolgt eine einvernehmliche Verlängerung der Frist.

Darüberhinaus ist die Bauverpflichtung für zwei Grundstücke, die vor 2008 verkauft wurden, aufgrund besonderer Umstände nur teilweise erfüllt. Hierzu finden zurzeit separate Abstimmungen mit den Eigentümern statt, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Im Kleinen Wiesenweg wurden 326 Grundstückskaufverträge abgeschlossen. Für ein Grundstück (Umwandlung Reihenhausbauung in Einfamilienhausbauung) ist die Bauverpflichtung abgelaufen. Eine Rückabwicklung ist hier nicht beabsichtigt.

Ausserhalb des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Altstadt und des Förmlichen Städtebaulichen Entwicklungsgebietes Kleiner Wiesenweg wurden durch die Stadt keine Grundstücke mit Baubindung oder Sanierungsverpflichtung verkauft.

Herr Wohlgemuth gibt den ergänzenden Hinweis, dass die Verwaltung auf Nachfrage des damaligen Vorsitzenden des Bauausschusses Herrn Nico Völker die beinahe inhaltsidentische Kleine Anfrage in der Bürgerschaft vom 05.12.2013 unter Top 7.9 bereits entsprechend beantwortet hat. Wiederholt sei deshalb auch, dass sich die langjährige „Arbeitsgruppe Missstandsliste“ systematisch mit diesen Fällen, mit den restlichen baulichen Missständen und dem Umgang mit den restlichen Baulücken in der Altstadt befasst.

Herr van Slooten dankt für die Beantwortung, die beantragte Aussprache hält er nicht mehr für erforderlich.

**zu 7.5      Flutlichtanlage Speedwaystadion**  
**Einreicher: Fraktion BfS/AfD**  
**Vorlage: kAF 0057/2014**

Herr Grieser beantwortet die Anfrage wie folgt:

Am 31. Januar 2014 fand unter seiner Leitung eine Beratung zum Thema „Baumaßnahmen für Speedway im Paul-Greifzu-Stadion“ statt. Teilnehmer waren von Seiten des MC Nordstern Stralsund e. V. Herr Berger und Herr Sagert sowie die zuständigen Mitarbeiter der Abteilung Schule, Sport und ZGM.

Herr Grieser legt den Inhalt des Protokolls dieser Beratung zur Beantwortung der Anfrage kurz dar:

Der MCN hat im Rahmen einer Vorortbegehung dem OB und im Weiteren in schriftlicher Form die dringenden Baumaßnahmen und Ausstattungserfordernisse für die zukünftige Nutzung der Speedwaytrainings- und Veranstaltungen dargelegt.

Der Schwerpunkt liegt in der Erneuerung der Flutlichtanlage.

Durch die Fachabteilung war die Antragstellung einer Landesförderung zu prüfen, wobei die Bereitstellung von HH-Mitteln Dritter für den MCN durch den OB in Aussicht gestellt wurde. In einer ersten Kostenschätzung wurden durch den MCN rd. 170 T€ belegt.

Fördermodalitäten des Landes M-V ergeben sich wie folgt:

- Förderung durch IM M-V, Ref. Sportstättenbau  
Bedingung: Die HST ist Antragsteller und erhält eine max. Förderung von 30 % beruhend auf einer max. Gesamtausgabe von 70 T€, die Maßnahme muss durch die HST gesamtfinanziert sein
- Förderung durch den LSB M-V  
Bedingung: Der MCN besitzt für die Speedwayanlage einen mind. 25-jährigen Mietvertrag und beantragt beim LSB M-V die Förderung der Maßnahmen mit einer Förderung von 50 %, die Maßnahme muss gesamtfinanziert sein

In Vorbereitung auf die damalige Beratung wurde durch die AIU Stralsund im Auftrag der HST eine Konzeptstudie erarbeitet. Als Grundlage hierfür wurden das FMI-Gesetz und die Lagepläne der Sportanlage zur Verfügung gestellt. Eine Vorortbesichtigung erfolgte. In der 1. Einschätzung ergeben sich Kosten in Höhe von brutto 380 T€ ohne Planungsleistung. Die Teilleistungen wurden spezifiziert.

Zum Konzept konnte erläutert werden, dass einige Teilleistungen durchaus als Eigenleistung oder über direktes Sponsoring für den MCN möglich wären.

Eine Aushändigung der Konzeptstudie an den MCN konnte nicht erfolgen, da es hierfür eine Zustimmung der AIU erfordert. Mit der Einholung dieser Zustimmung wurde eine Mitarbeiterin der Verwaltung beauftragt.

Der Entwurf eines Mietvertrages zwischen der HST und dem MCN wurde kurzfristig in Aussicht gestellt.

Die Teilnehmer verständigen sich zu nachfolgenden Lösungsvorschlägen:

- Die Finanzsituation der HST ermöglicht frühestens für die Planung 2016 die Aufnahme in die HH-Entwurfsplanung
- Der MCN stellt beim LSB M-V einen Antrag auf Förderung, bei Vorlage des o.g. Mietvertrages, zusätzlich beantragt der MCN eine Projektförderung beim Sportbund Stralsund für das Jahr 2016 als Beitrag zur Gesamtfinanzierung

Herr Philippen fragt nach, wie sich die Kosten zusammensetzen?

Herr Grieser erläutert, dass unterschiedlichste Varianten geprüft wurden. Die Variante, bei der z. B. die alten Masten weiter Verwendung finden, musste aus Sicherheitsgründen und rechtlichen Vorschriften verworfen werden.

Herr Dr. Badrow ergänzt, dass mit allen Beteiligten Beratungen geführt wurden. Für ca. 100 T€ hätte man einen Weg der Finanzierung finden können. Die erforderlichen rund 400 T€ sind hierüber jedoch nicht zu leisten.

Herr Philippen schlägt vor, im Fachausschuss die Beratungen fortzuführen.

**zu 7.6 zum Ostsee-Radwanderweg**  
**Einreicher: Dr. Heike Carstensen**  
**Vorlage: kAF 0068/2014**

Herr Bogusch beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1

Die Route des Ostseeküstenradwegs durch die Altstadt ist für beide Fahrtrichtungen identisch. Vom Süden kommend führt die Route von der Hafenstraße über die Straßen Am Langenkanal, Am Langenwall, Am Fischmarkt zur Seestraße und von dort weiter zur Sundpromenade.

Zu Frage 2

Die Abschnitte, in denen der Ostseeküstenradweg auf der Fahrbahn verläuft, liegen in Tempo 30 Zonen oder verkehrsberuhigten Bereichen. In Tempo 30 Zonen und verkehrsberuhigten Bereich sind grundsätzlich keine separaten Radverkehrsanlagen erforderlich. Ansonsten verläuft der Radweg als straßenbegleitender Radweg oder als selbständig geführter Radweg.

Im Bereich Am Fischmarkt und Seestraße, wo der Radfahrer auf der Fahrbahn geführt wird, ist baustellenbedingt zurzeit ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vorhanden. Mit Verkehrsfreigabe des Frankenwalls Ende Oktober 2014 wird sich das Verkehrsaufkommen dort wieder normalisieren.

Frau Carstensen fragt nach, ob es für den Ostseeküstenradweg eine Beschilderung gibt.

Herr Bogusch berichtet, dass es noch keine Beschilderung gibt. Derzeit arbeitet man an der Ergänzung der Beschilderung. Die Planung sieht vor, dass spätestens im Dezember 2014 die Beschilderung erfolgt ist.

Frau Carstensen dankt für die Beantwortung und zieht den Antrag zur Aussprache zurück.

**zu 7.7 Verkauf der Anteile an der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH**  
**Einreicher: Jürgen Suhr, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: kAF 0066/2014**

Herr Fürst beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fasste am 24.02.2011 folgenden Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den übrigen Gesellschaftern der Flughafen Stralsund-Barth GmbH zu führen mit dem Ziel, die Gesellschaft einvernehmlich aufzulösen. Bezug ist der vorjährige Bericht des Landesrechnungshofes, in dem die Unrentierlichkeit und der dauernde Subventionsbedarf des Flughafens festgestellt werden.
2. Soweit Einigung unter den Gesellschaftern erzielt werden kann, sind Verhandlungen mit dem Land über die im Bericht des Landesrechnungshofes genannte Möglichkeit zur Befreiung von Fördermittelrückzahlungen zu führen.

Mit Vollmacht des Oberbürgermeisters vertrat Herr Fürst am 16.03.2011 die Hansestadt Stralsund als Mitgesellschafter der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH in der Gesell-

schafterversammlung und brachte den Beschluss der Bürgerschaft als Antrag in die Tagesordnung ein.

Herr Fürst zitiert aus dem Protokoll der GV vom 16.03.2011:

„Nach einer ausgiebigen Diskussion wird der Antrag von den Vertretern des Landkreises und der Stadt Barth abgelehnt.“ (Zitat Ende)

Die Gesellschaftsanteile der Hansestadt Stralsund an der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH (37,5 %) waren auf Grund des defizitären Geschäftsverlaufes der Gesellschaft wenig lukrativ. Weiterhin stellt die 25-jährige Nutzungsbindung der geförderten Infrastruktureinrichtungen (Start- und Landebahn; Platzbeheizung; Abfertigungsgebäude) ein Verkaufshemmnis dar. Es ist infolge dessen nicht gelungen, ernstzunehmende und seriöse Interessenten für die städtischen Anteile zu finden.

Die Umsatzerlöse der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH werden zu

12 % aus Flugbetrieb  
76 % aus Pachteinnahmen der PV-Anlagen und zu  
12 % aus sonstigen Einnahmen (Mieten und Pachten)

erwirtschaftet.

Mit diesen Umsatzerlösen wird seit 2014 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt.

Herr Suhr fragt nach, in welcher Größenordnung der Gewinn des Unternehmens gesteigert werden könnte, wenn man den stark defizitären Bereich des Flugbetriebes nicht hätte und wie gesellschaftsrechtlich zu betrachten ist, dass ein Nebengeschäftsfeld zum Hauptgeschäftsfeld wird.

Herr Fürst informiert, dass sich die Einnahmen um 76 % verringern würden und sich entsprechend auf das Betriebsergebnis niederschlagen.  
Die Frage zu den Geschäftsfeldern hat sich bislang nicht gestellt, da das Geschäftsfeld des Flughafens auch andere Geschäftsfelder betreffen kann. Dies ist hier erfüllt.

Herr Dr. Badrow dankt allen bei der Umsetzung des Geschäftsfeldes der PV-Anlagen Beteiligten, da hiermit ein ausgeglichener Finanzrahmen trotz Flugbetrieb in dieser Gesellschaft erzielt werden konnte.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

2014-VI-04-0078

Herr Suhr fragt nach, in wie weit die einzelnen Geschäftsfelder auf die Ergebnisse Einfluss nehmen.

Herr Fürst informiert, dass im Wirtschaftsplan und Jahresabschluss die einzelnen Geschäftsfelder komplex betrachtet werden. Die einzelnen Zahlen kann Herr Fürst an dieser Stelle nicht präsentieren, sichert eine spätere Zuarbeit aber zu.

Herr Rickmann interessiert, ob die Prüfung, dass der Flugplatz Güttn in das Geschäftsfeld der GmbH integriert werden kann, erfolgt ist und ob es bereits eine Position der Hansestadt hierzu gibt.

Herr Fürst berichtet, dass es bereits im „Altkreis“ Rügen entsprechende Vorstellungen gab. Im Zuge der derzeitigen Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept des Landkreises wurde dieses Thema jedoch nicht aufgegriffen. Als das Thema vor ca. 1,5 Jahren behandelt wurde, wurde eine Zusammenlegung von den Gesellschaftern jedoch abgelehnt.

Herr Bauschke erklärt, dass für die CDU/FDP-Fraktion immer wichtig war, dass diese Gesellschaft nicht mit einem Defizit im Haushalt auftritt. Dies ist gelungen. Auch die Errichtung eines weiteren Solarparkes wird begrüßt.

Herr Laack erinnert daran, dass der Flughafen zum Verkehrssystem gehört und deshalb verkehrstechnisch besser angebunden werden sollte. Dies bedeutet für ihn, dass die künftige Bahn, die bis Zingst angeschlossen werden soll, den Flughafen als Umsteigestation passieren sollte. Damit könnten die Zahlen der Fluggäste erhöht werden.

Herr Adomeit erinnert daran, dass der Flughafen auch militärisch genutzt wird und damit eine Einstellung des Flugbetriebes nicht gegeben ist.

Herr Schwarz verweist auf die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben. Bei einer Informationsweitergabe in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte man die Aussage zum Jahresüberschuss von 2.900,00 €, damit kein Defizit, kennen können. Es kann festgestellt werden, dass es keinen Flughafen gibt, der seine Gewinne aus dem reinen Flugbetrieb erwirtschaftet.

Frau Steffen fragt nach, wie viele Fluggäste der Flughafen zu verzeichnen hat.

Herr Fürst berichtet, dass es auf diesem Flughafen im Jahr ca. 10.000 Flugbewegungen gibt und sich die Anzahl der Gäste auf ca. 25.000 beläuft.

Herr Butter plädiert für eine bessere verkehrstechnische Anbindung des Flughafens.

Herrn Jungnickel interessiert, ob mittelfristig mit einer Gewinnausschüttung an die Haushalte der Gesellschafter zu rechnen ist.

Herr Fürst erklärt, dass der Gesellschaftervertrag eine Ausschüttung von Gewinnen nicht zulässt.

Herr Suhr plädiert für den Ausbau des Flughafens zu einem Magnet der Tourismusbranche. Er erfragt, ob in der Vergangenheit in diesem Geschäftsfeld Anstrengungen unternommen wurden.

Herr Fürst teilt mit, dass bei der Anzahl der Starts und Gäste nicht zwischen Tourismus oder anderen Branchen unterschieden wurde. Die Bemühungen einzelner Hoteliers, den Flughafen für die Akquise von Gästen zu nutzen ist derzeit noch sehr begrenzt. Ein generelles Vorhalten von Flügen für Hotelgäste wird durch die Hoteliers nicht beansprucht. Solche Aktivitäten werden jedoch forciert.

Herr Laack fragt konkret nach, ob es Bemühungen der Hansestadt zur Einrichtung eines Gleisanschlusses gibt. Dieses Anliegen muss Herr Fürst verneinen, regt jedoch einen entsprechenden Auftrag durch die Bürgerschaft an.

**zu 7.8 wirtschaftliche Entwicklung der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Niklas Rickmann**  
**Vorlage: kAF 0069/2014**

Herr Fürst beantwortet die Anfrage wie folgt:

Seite 13 von

Die Hansestadt Stralsund hat im Jahre 2011 das Wirtschaftskonzept fortgeschrieben. In der Bürgerschaft beschlossen wurde dieses „Konzept für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Hansestadt Stralsund“ am 15.09.2011 unter Vorlagen-Nr. B 0043/2011.

In diesem Konzept wurde deutlich herausgearbeitet, dass Wirtschaft in der Hansestadt Stralsund nicht nur Tourismus und Werft bedeutet, sondern dass weitere tragende Elemente der Stralsunder Wirtschaft zu entwickeln sind.

Insbesondere sind die Bereiche Informationstechnologien; metallverarbeitende Wirtschaft (Metall-Cluster); erneuerbare Energien und die Gesundheitswirtschaft lokalisiert worden. Denn in diesen Branchen sind in der Hansestadt Stralsund gute und sehr gute Ansätze vorhanden, die es gemeinsam zu entwickeln gilt.

Wenn Herr Fürst sagt *g e m e i n s a m*, dann meint er hier die verschiedenen Fachbereiche der Fachhochschule und die einheimische, regionale und überregionale Wirtschaft.

Er nennt folgende Beispiele:

#### IT-Branche

- Ansiedlung der FA. adesso und unister in enger Zusammenarbeit mit der Fachhochschule
- Gründung des IT-Netzwerkes „IT-Lagune“ aus den Akteuren der Branche aus der Hansestadt Greifswald und der Hansestadt Stralsund

#### Metall-Cluster

- Rund um die Werft haben sich in der Vergangenheit Firmen angesiedelt, deren Kernkompetenz die Arbeit mit Metall in allen Variationen darstellt. Hier gilt es anzudocken.

Das Amt für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing betreut zurzeit 8 Unternehmen aus dem Metallbereich.

Die Situation der Unternehmen ist höchst unterschiedlich, bei dem einen geht es (nach dem Wegbrechen von Aufträgen aus der Volkswerft) um das pure Überleben, andere wollen sich erweitern und weitere wollen sich in der Hansestadt Stralsund ansiedeln.

Warum sind sie an der Hansestadt Stralsund interessiert?:

1. die Verfügbarkeit von Fachkräften
2. das Vorhandensein des Metall-Clusters
3. Infrastruktur am Wasser

#### Erneuerbare Energien:

Mit dem Institut für erneuerbare Energien und dem Bereich Maschinenbau der Fachhochschule führte die Zusammenarbeit zu handfesten Projekten:

Beispiel:

- Fachhochschule und Ostseestahl – Verbundforschungsprojekt Hybrit-Flügel für WEA (Wurzel/Stahl und Blatt/GFK)
- GICON (neuer Eigentümer von Edel-Stahl GmbH) Forschungsprojekt Schwimmende Offshore-Fundamente für WEA (über 80 MA in Halle der Volkswerft zurzeit beschäftigt)

#### Gesundheitswirtschaft

Sicher wird hier ein Vergleich zwischen der Hansestadt Greifswald und der Hansestadt Stralsund immer hinken, denn man hat hier kein hochgradig gefördertes Universitätsklinikum mit mehreren tausend Mitarbeitern.

Aber man hat Unternehmen aus diesem Bereich in Stralsund, die sich zunehmend den Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen aus der Stadt und der Region stellen und sich dabei bemerkenswert entwickeln. Herr Fürst denkt hier insbesondere an das Hanseklitorium und die Uhlenhaus Group.

Aber auch den Reha-Technik-Bereich hat man in Stralsund, der sich sehr gut entwickelt hat und expandieren will.

Mit diesen Branchen-Beispielen wollte Herr Fürst deutlich machen, dass man hier im Hause sehr intensiv daran arbeitet, die Grundlagen für eine breit aufgestellte Wirtschaft in der Hansestadt Stralsund zu schaffen.

Dafür sieht man in der Fachhochschule einen sehr guten Partner, der bei handfesten Projekten genauso mitzieht, wie bei visionären Projekten.

Für die handfesten Projekte stehen hier das genannte Hybridblatt für WEA oder die gemeinsam entwickelte Immobilien-Datenbank für die Hansestadt Stralsund.

Und für gemeinsame visionäre Projekte steht z. B. die Entwicklung einer Lehrereinrichtung der TCM in Stralsund oder auch das Projekt „Ostsee-Tunnel“, für das man Professoren und Studenten begeistern konnte.

Die Kleine Anfrage endet mit der Fragestellung nach den Rahmenbedingungen von Seiten des Wirtschaftsministeriums, die die Stadt aus Schwerin braucht.

Dazu gibt Herr Fürst folgende Einschätzung:

In Schwerin hat man sehr deutlich erkannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Landesteil Nachholebedarf hat. Insbesondere hier in Stralsund, wo sich die Situation im Hinblick auf die Volkswerft weiter verschärft hat. Man hat in Schwerin aber auch erkannt, dass hier in der Hansestadt Stralsund nach Konzepten gearbeitet wird, die geeignet sind, in überschaubaren Zeiträumen die Situation nachhaltig zu verbessern. Und genau dabei hilft man der Stadt.

3 Beispiele:

1. Förderung von Infrastrukturvorhaben
  - . Gleisbau Frankenhafen und Franzeshöhe
  - . Herrichtung von Gewerbezellen
2. Akquise-Unterstützung deutschland- und europaweit (z. B. größte Immobilien-Messe Europas)
3. Investorenlenkung in Richtung Metall-Cluster incl. exzellenter Investorenbetreuung

Herr Rickmann fragt nach, ob die Idee des maritimen Gewerbezells noch aufrechterhalten wird.

Herr Fürst berichtet, dass die Stadt einzelne Flächen der ehemaligen Werft übernehmen wird und diese gemeinsam mit den Gewerbezellen Franzeshöhe zu einem maritimen Gewerbezell ausbauen möchte.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr. 2014-VI-04-0100

Herr Schwarz dankt zunächst der Verwaltung für die vielen Bemühungen. Er berichtet, dass vorgesehen ist, eine Sitzung an der Fachhochschule zu diesem Thema durchzuführen. Hierzu lädt er Herrn Rickmann bereits ein.

Frau Steffen erfragt, ob es seitens der Stadt künftig weitere Aktivitäten im Bereich der Offshore-Branche gibt und ob an eine Vertiefung des Bereiches, also Ausbaggerung, gedacht wird.

Herr Fürst berichtet, dass es Gespräche mit Zulieferern der Windenergiebranche gibt. Knackpunkt hierbei war bislang immer die Fahrwassertiefe von 7,50 m. Diese lässt nicht alle erforderlichen Aktivitäten der Investoren zu. Eine Vertiefung der Ostansteuerung wird entsprechend der Gespräche mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt demnächst nicht möglich sein. Es gibt dringendere Projekte an der Ostsee. Erst bei Vorhandensein entsprechender Wirtschaft in diesem Bereich kann man diese Problematik wieder thematisieren.

**zu 7.9 Geruchs-und Lärmbelästigung durch Kreuzfahrtschiffe**  
**Einreicher: Michael Adomeit**  
**Vorlage: KAF 0059/2014**

Herr Köllmann beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.

Bei der Prüfung des Sachantrags der Bürgerschaftssitzung vom 20.09.2012 zur Errichtung von elektrischen Landanschlüssen wurde festgestellt, dass eine kurzfristige Einrichtung von Landanschlüssen nicht möglich ist. Dies wurde mit Schreiben vom 12. Dezember 2012 dem Präsidenten der Bürgerschaft mitgeteilt.

Wie bereits bei der entsprechenden Anfrage 7.2 ausgeführt wurde, ist für die Jahre 2016/17 die Sanierung der Verkehrsflächen neben dem Fischermann´s vorgesehen. In diesem Zusammenhang soll die Verlegung von Leitungen für die Flusskreuzfahrtschiffe mit berücksichtigt werden.

zu 2.

Aktuelle nennenswerte Beschwerden sind der Immissionsbehörde der Hansestadt Stralsund nicht bekannt.

§ 38 BImSchG „Beschaffenheit und Betrieb von Fahrzeugen“ erfasst auch Luft- und Wasserfahrzeuge sowie Schwimmkörper und schwimmende Anlagen. Sie müssen so beschaffen sein, dass ihre durch die Teilnahme am Verkehr verursachten Emissionen bei bestimmungsgemäßem Betrieb die zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen einzuhaltenden Grenzwerte nicht überschreiten.

Außerdem müssen sie so betrieben werden, dass vermeidbare Emissionen verhindert werden und unvermeidbare Emissionen auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

Zu § 38 BImSchG existiert jedoch keine anzuwendende Rechtsverordnung, die genauere Immissionsrichtwerte festschreibt noch ergibt sich aus der „Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung - ImSchZustVO M-V“ hierzu die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bzw. der Immissionsschutzbehörde der Hansestadt Stralsund.

Somit findet eine Kontrolle durch die Immissionsbehörde bei Lärmbelästigungen durch Schiffsaggregate nicht statt.

Auf der Abgasseite sieht es dagegen etwas anders aus:

Maschinen/Motoren dürfen in Binnenschiffe nur eingebaut werden, wenn bestimmte Emissionsgrenzwerte nicht überschritten werden. Hier liegt die Zuständigkeit der Zulassung bei der Schiffsuntersuchungskommission/Schiffseichamt bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest. Näheres lässt sich dazu der „Verordnung über die Begrenzung von Abgasemissionen aus Dieselmotoren in der Binnenschifffahrt (Binnenschiffs-Abgasemissionsverordnung – BinSchAbgasV) entnehmen.

Desweiteren unterscheiden sich die Voraussetzungen der Binnenschifffahrt von denen der Seeschifffahrt im Punkt Schadstoffemissionen.

So wird hier als Treibstoff ausschließlich Schiffsdiesel verwendet, der bei der Verbrennung deutlich weniger schädlich ist als Schweröl. Laut HafVO M-V darf auf Schiffen, die am Liegeplatz im Hafen festgemacht sind, kein Kraftstoff verwendet werden, dessen Schwefelgehalt 0,10 Massenhundertteile überschreitet. Die Wasserschutzpolizei führt dazu Schiffskontrollen durch.

zu 3.

Für das Jahr 2014 waren im Zeitraum von März bis Oktober 122 Anläufe von Kreuzfahrtschiffen zu verzeichnen.

Dabei war auch die "Seabourn Legend", die ein Seekreuzfahrtschiff ist.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass einige Anläufe auch nur stundenweise andauerten.

Für das Jahr 2015 liegen der Hafenbehörde noch nicht alle Liegeplatzanträge der Veranstalter vor.

Mit Rückblick auf die letzten Jahre kann man davon ausgehen, dass wieder mit über Hundert Anläufen zu rechnen sein wird.

Herr Adomeit erfragt, ob es kurzfristig nicht möglich sei, dort Veränderungen herbeizuführen.

Herr Köllmann verweist nochmals auf die für die Jahre 2016/2017 vorgesehenen Baumaßnahmen.

Herr Paul stellt den Antrag zur Führung einer Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

**zu 7.10 zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Hansestadt  
Einreicherin: Claudia Müller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: kAF 0064/2014**

Da die Zeit der Fragestunde abgelaufen ist, erfragt der Präsident von den Einreichern der noch folgenden Anfragen, ob eine Vertagung der Anfragen oder eine schriftliche Beantwortung gewünscht wird.

Frau Müller entscheidet sich für eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage.

**zu 7.11 Beratungen zur Perspektive des Theaters**  
**Einreicherin: Friederike Fechner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: kAF 0065/2014**

Frau Fechner entscheidet sich für eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage.

**zu 7.12 Nutzung von Blühflächen an Schulen**  
**Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: kAF 0062/2014**

Frau Kindler entscheidet sich für eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage.

**zu 7.13 Namensänderung des Stadions der Freundschaft**  
**Einreicher: Sonja Steffen**  
**Vorlage: kAF 0070/2014**

Frau Steffen schlägt vor, die Anfrage ggf. gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag zu behandeln.

**zu 7.14 Zum anvisierten Verkauf des Kniepertors durch die Hansestadt**  
**Einreicher: Dirk Arendt**  
**Vorlage: kAF 0060/2014**

Herr Arendt entscheidet sich für eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

**zu 8 Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen zur Beantwortung vor.

**zu 9 Anträge**

**zu 9.1 Änderung der Hauptsatzung**  
**Einreicher: Fraktion BfS/AfD**  
**Vorlage: AN 0226/2014**

Herr Lastovka verweist auf einen kürzlich gefassten Beschluss zu dieser Problematik. Seiner Ansicht nach kann der Ausschuss das Thema Sicherheit jederzeit auf die Tagesordnung setzen. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass dieser Antrag wiederholt zur Debatte steht.

Frau Carstensen begründet den Antrag im Namen des Ausschusses ausführlich.

Frau Ehlert beantragt Schluss der Rednerliste.

Es liegt kein weiterer Redebedarf vor.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt

die Änderung der Hauptsatzung gemäß Änderungssatzung laut Anlage.

Ja 25 Nein 13 Enthaltung 3

2014-VI-04-0079

**zu 9.2 Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft**  
**Einreicher: Präsident der Bürgerschaft**  
**Vorlage: AN 0227/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Änderung der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und ihre Ausschüsse wie folgt:

In § 4 (4) wird nach Absatz 1 folgender neuer Absatz 2 eingeführt:

1. Sofern ein Mitglied der Bürgerschaft seine Zustimmung zur Nutzung elektronischer Unterlagen gegeben hat, erfolgt der Versand der Einladung auf diesem Wege.
2. Der bisherige Absatz 2 in § 4 (4) wird neu zu Absatz 3.

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

2014-VI-04-0080

**zu 9.3 Informationsveranstaltung zum GORCH FOCK Gutachten**  
**Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste**  
**Vorlage: AN 0224/2014**

Herr Jungnickel begründet den Antrag ausführlich.

Herr Christian Meier äußert im Namen der CDU/FDP-Fraktion Bedenken gegen den vorliegenden Antrag. Das Gutachten liegt allen Fraktionen vor, so dass Fragen an den Gutachter auch ohne öffentliche Informationsveranstaltung gestellt werden können. Er weist darauf hin, dass es sich hier um einen Vermögensgegenstand eines Dritten handelt. Es ist sehr risikoreich, eine öffentliche Diskussion hierzu zuzulassen.

Herr Dr. v. Bosse führt aus, dass sicher noch Beratungs- und Informationsbedarf bestehe und führt dabei z. B. den Kaufpreis an. Er sieht in dem Kauf jedoch auch eine große Chance für die Hansestadt, dieses Schiff zu behalten.

Herr Laack erläutert seine Position für den Erhalt des Schiffes in der Hansestadt Stralsund, ruft jedoch zu einer fundierten Finanzierung auf.

Herr Suhr plädiert dafür, die Transparenz für dieses Projekt anzustreben, um die Öffentlichkeit für den Erhalt des Schiffes in der Stadt zu sensibilisieren.

Herr Hartlieb berichtet, dass der bisherige Eigentümer sowie der Gutachter für Informationen zur Verfügung stehen. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass einige nichtöffentliche Details nicht auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung behandelt werden dürfen. Herr Hartlieb steht für die Organisation der gutachterlichen Befragung zur Verfügung.

Herr Riedel befürwortet die Durchführung einer Informationsveranstaltung.

Seite 19 von

Herr Dr. Zabel erklärt, dass die Verwaltung sicherstellen muss, dass keine schutzbedürftigen Informationen in die Öffentlichkeit gelangen, um die weiteren Verhandlungen nicht zu gefährden. Ist dies gegeben, wird die CDU/FDP-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Quintana Schmidt macht darauf aufmerksam, dass der Antrag eine Information an die Bürgerschaftsmitglieder vorsieht. Die zusätzliche Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit wäre natürlich begrüßenswert.

Der Präsident stellt den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Informationsveranstaltung zum GORCH FOCK Gutachten durchzuführen.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0081

#### **zu 9.4 Aufruf der Bürgerschaft**

**Einreicher: SPD-Fraktion, CDU/FDP-Fraktion, Fraktion LINKE offene Liste, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion BfS/AfD, Michael Adomeit, Gerd Riedel**

**Vorlage: AN 0231/2014**

Frau Steffen begründet den Antrag ausführlich und berichtet über geplante Veranstaltungen des Aktionsbündnisses unter dem Motto „Für Stralsund - Nazifrei und Spaß dabei!“ Sie teilt die Änderung des vorliegenden Antrages wie folgt mit:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund begrüßt alle am 11. Oktober geplanten gewaltfreien Aktivitäten für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus in unserer Stadt.“

Es folgen Redebeiträge der Bürgerschaftsmitglieder Herrn Arendt und Herrn Suhr.

Herr Arendt erhält aufgrund anhaltender Zwischenrufe während der Rede Herrn Suhrs einen Ordnungsruf des Präsidenten.

Herr Laack plädiert für eine erneute Prüfung des Verbotes dieser Demonstrationen.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund begrüßt alle am 11. Oktober geplanten gewaltfreien Aktivitäten für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus in unserer Stadt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0082

**zu 9.5 zur Berufung von Mitgliedern in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Präsident der Bürgerschaft**  
**Vorlage: AN 0223/2014**

Herr Paul informiert, dass Herr Spädtke seine Kandidatur zurückzog, damit ist eine Änderung der Liste vorzunehmen.

Ohne weitere Wortmeldungen stellt er den vorliegenden Antrag wie folgt zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beruft gemäß § 4 der Satzung des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund die gemäß Anlage aufgeführten Kandidaten in den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0083

**zu 9.6 Wahl eines Stellvertreters in den Ausschuss für Familie und Gleichstellung**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD**  
**Vorlage: AN 0222/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Tino Rietesel wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Familie und Gleichstellung gewählt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0084

**zu 9.7 Wahl eines Stellvertreters in den Finanz- und Vergabeausschuss**  
**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD**  
**Vorlage: AN 0221/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Herr Thomas Haack wird als stellvertretendes Mitglied in den Finanz- und Vergabeausschuss gewählt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0085

**zu 9.8 Wahl eines Stellvertreters in den Verwaltungsrat des Deutschen Meeresmuseums**  
**Einreicher: SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0233/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:  
Prof. Dr. Rupert Eilsberger wird als Stellvertreter in den Aufsichtsrat des Deutschen Meeresmuseums gewählt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0086

**zu 9.9 Friedhof der Soldaten der Roten Armee und Denkmal vor der Marienkirche**  
**Einreicher: Dirk Arendt**  
**Vorlage: AN 0225/2014**

Herr Arendt begründet den Antrag ausführlich.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Oberbürgermeister nimmt Kontakt mit der deutschen und russischen Kriegsgräberfürsorge, deren Verantwortlichen sowie zu den auf russischer und deutscher Seite zuständigen Behörden (z. B. Regierung) auf, um eine Umbettung der toten sowjetischen Soldaten, die vor der Marienkirche bestattet sind, zu erfragen und bei einem positiven Bescheid vorzubereiten. Darüber hinaus soll erfragt/geklärt werden, ob die Gebeine der Soldaten wieder in ihre Heimat überführt werden können oder diese auf den Zentralfriedhof der Hansestadt umgebettet werden müssen.
2. Ferner wird der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, das auf dem Neuen Markt vor der Marienkirche befindliche „Ehrenmal für gefallene Sowjetsoldaten“ umsetzen zu lassen oder wenn möglich an einen meistbietenden Interessenten zu verkaufen. Sollte ein Verkauf möglich sein, so ist dieser anhand einer von der Hansestadt üblichen „Wertprüfung“ und anschließender Ausschreibung durchzuführen. Auch soll alternativ geprüft werden, ob dieses „Denkmal“ in Stralsund museal einzulagern oder auszustellen ist (z. B. im Kulturhistorischen Museum).

Der Verkaufserlös sollte für soziale Belange in der Hansestadt genutzt werden (z. B. Sanierung eines Kinderspielplatzes oder Schulhofes). Sollte ein Verkauf rechtlich nicht möglich sein, so soll dieses Monument eine museale Verwendung finden.

3. Die Bürgerschaft wird regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert.

mehrheitlich abgelehnt

**zu 9.10 Zur Namensvergabe von Sportstätten**  
**Einreicher Fraktion Bürger für Stralsund/AfD**  
**Vorlage: DAn 0003/2014**

Frau Steffen spricht sich für eine Beschlussfassung des Antrages aus und erläutert die Notwendigkeit derselben.

Herr Hofmann begründet den Antrag ausführlich und beantragt gleichzeitig die Änderung des Pkt. 1 wie folgt:

„1. Die Bürgerschaft befürwortet grundsätzlich die Übertragung von Namensrechten auf Stralsunder Stadien.“

Herr Rickmann schlägt vor, zunächst der Beantwortung der Anfrage des TOP 7.13 Vorrang zu geben und danach die Beratung des Antrages fortzusetzen.

Herr Philippen lehnt diese Verfahrensweise ab und bittet um Beratung und Beschlussfassung des Antrages.

Herr Hofmann verweist auf die Möglichkeit der Fragestellung in der Ausschusssitzung. Er bittet im Pkt. 2 des Antrages das vierte Wort „werden“ in „sollen...aufgeteilt werden“ zu ändern.

Herr Dr. Badrow erklärt, dass die rechtliche Prüfung der Angelegenheit einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Hierfür ist jedoch eine klare Entscheidung der Bürgerschaft erforderlich.

Es folgt eine ausführliche Diskussion. Während dieser stellt Herr Rickmann den Antrag, eine Abstimmung des Antrages nach der Pause durchzuführen.

Der Präsident stellt diesen Antrag zur Abstimmung:  
Mehrheitlich abgelehnt

Zahlreiche Wortmeldungen der Bürgerschaftsmitglieder gehen auf das Für und Wider des Antrages ein.

Herr Rickmann beantragt im Namen der SPD-Fraktion eine fünfminütige Auszeit

Auszeit: 18:25 Uhr bis 18:30 Uhr

Herr Rickmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man sich während der Auszeit verständigte, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Suhr stellt folgenden Änderungsantrag für Pkt. 2

„2. Die Bürgerschaft befürwortet eine finanzielle Beteiligung der Vereine, die mögliche Sponsoren akquirieren.“

Er bittet gleichzeitig, die Punkte 1, 2 und 3 einzeln abzustimmen.

Herr Paul verliert auf Wunsch von Herrn Bauschke den zur Abstimmung anstehenden Änderungsantrag.



**zu 12      Behandlung von Vorlagen**

**zu 12.1    Zuwendungsvereinbarungen für freiwillige Leistungen der Hansestadt  
Stralsund  
Vorlage: B 0087/2014**

Die Vorlage wurde vom Einreicher unter TOP 2 zurückgezogen.

**zu 12.2    6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt  
Stralsund für den Zeitraum 2015-2020  
Vorlage: B 0088/2014**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Vergabe, Herr Meier, dankt der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes. In seinen Ausführungen geht er auf die finanziellen Probleme der Hansestadt ein.

Es folgen für die Fraktionen Reden zum Haushaltssicherungskonzept der Bürgerschaftsmitglieder Herr Bauschke, Herrn Rickmann, Herrn Haack, Herrn Suhr, Herrn Quintana Schmidt und Frau von Allwörden.

Der Präsident stellt die eingereichten Änderungsanträge wie folgt zur Abstimmung:

1. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0241/2014 Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund möge beschließen:

Als Einzelmaßnahme zur Haushaltssicherung – 6. Fortschreibung ist einzufügen:

Nr.: 3.4.01

Aufnahme von Verhandlungen zum vorliegenden 2. Güteangebot im Grundstücksstreit mit der Gemeinde Ostseebad Hiddensee OT Neuendorf mit dem Ziel, den Rechtsstreit gütlich zu beenden.“

Mehrheitlich abgelehnt

2. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0243/2014 Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund möge beschließen:

Die Einzelmaßnahme Nr. 3.1.2.02 zur Haushaltssicherung – 6. Fortschreibung „Überarbeitung der Entgeltordnung für die Benutzung der Sportstätten“  
Mit einem Konsolidierungsbetrag von 35,0 T€ wird gestrichen.“

Mehrheitlich abgelehnt

3. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0244/2014 Einreicher: Fraktion CDU/FDP

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

der unter 3.1.2.02 angeführte Ansatz für die Überarbeitung der Entgeltordnung zur Erhöhung der Erträge, der die Einführung einer moderaten kostenpflichtigen statt kostenlosen Nutzung für Kinder und Jugendliche vorsieht, ist zu streichen.

Deckungsquelle: Mehreinnahmen aus der Gebührenerhöhung der Stadtbibliothek

21 Zustimmungen 16 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

2014-VI-04-0090

4. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0239/2014 Einreicher: Fraktion SPD

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Punkte "Überarbeitung der Musikschulgebührensatzung", s. S.16 der Vorlage und "Überarbeitung der Entgeltordnung für Sportstätten", s. S.17 der Vorlage werden ersatzlos gestrichen.

Mehrheitlich abgelehnt

5. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0236/2014 Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Maßnahmen

Nr. 3.1.2.01 „Überarbeitung der Musikschulgebührensatzung“ (S. 16)  
und

Nr. 3.1.2.02 „Überarbeitung der Entgeltordnung für die Benutzung der Sportstätten“  
(S. 17)

werden aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

Mehrheitlich abgelehnt

6. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0242/2014 Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste

Die Einzelmaßnahme Nr. 3.1.2.01 zur Haushaltssicherung – 6. Fortschreibung  
„Überarbeitung der Musikschulgebührensatzung“  
Mit einem Konsolidierungsbeitrag von 50,0 T€ wird gestrichen.

Mehrheitlich abgelehnt

7. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0246/2014 Einreicher: Fraktion CDU/FDP

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt,

1.

Die Überarbeitung der Musikschulgebührensatzung hat mit der Maßgabe zu erfolgen, dass die Kinder und Jugendlichen von der Erhöhung um 15% ausgenommen sind.

2.

Zusätzlich aufgenommen wird die Gruppe der Alleinerziehenden ab erstem Kind mit einer Ermäßigung der Gebühren um 50%.

Im Gegenzug sollen künftig alle Schüler/Innen, die ihren Wohnsitz außerhalb der Hansestadt Stralsund haben, einen höheren Gebührensatz entrichten.

Grundlage für die Berechnung des höheren Gebührensatzes soll die Entgeltordnung der Musikschule des Landkreises Vorpommern-Rügen plus ein 15%iger Aufschlag sein.

Deckungsquelle: Mehreinnahmen Gebührenerhöhung Stadtbibliothek

Mehrheitlich zugestimmt

2014-VI-04-0091

8. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0247/2014 Einreicher: Fraktion CDU/FDP

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, als Einzelmaßnahme ist in der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes mit aufzunehmen:

1. die Benutzerordnung und Gebührensatzung der Stadtbibliothek ist mit der Maßgabe zu überarbeiten, dass künftig Erwachsene eine Jahresgebühr von 36 Euro zu entrichten haben.

- Unter Beteiligung der Fachausschüsse ist eine moderate Erhöhung für Jugendliche von 16-18 Jahren, Studenten und Familien vorzunehmen.

- Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahr können die Stadtbibliothek gebührenfrei benutzen

- Die Einführung einer Monatsgebühr soll den Besuch (auch für Touristen) in der Stadtbibliothek attraktiver machen und ist demzufolge in die Benutzerordnung und Gebührensatzung einzuarbeiten.

2. die Satzung ist der Bürgerschaft spätestens bis 31.03.2015 zur Entscheidung vorzulegen.

Mehrheitlich zugestimmt

2014-VI-04-0092

9. Abstimmung: Antrags-Nr.: 0245/2014 Einreicher: Fraktion CDU/FDP

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, als Einzelmaßnahme ist in der 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes mit aufzunehmen:

das in der Bürgerschaft am 15.05.2014 angekündigte Konzept von Herr Dr. Grüger zur Sanierung des Kulturhistorischen Museums ist zum 31.01.2015 der Bürgerschaft vorzulegen. Eine zügige Umsetzung soll die erhoffte Einnahmenerhöhung spätestens ab dem Jahr 2016 (10%; ca. 15 TEUR) sicherstellen.

Mehrheitlich zugestimmt

2014-VI-04-0093

## 10. Abstimmung der Vorlage B 0088/2014

Die Bürgerschaft beschließt:

Die 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt Stralsund für den Zeitraum 2015 bis 2020 einschließlich der Beschlüsse Nr.: 2014-VI-04-0090 bis 2014-VI-04-0093.

Ja 21 Nein 16 Enthaltung 3

2014-VI-04-0094

### **zu 12.3 Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0097/2014**

Ohne Wortmeldungen wird folgender Beschluss gefasst:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept wird auf Grundlage des Beschlusses Nr. 2011-V-03-0448: Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Hansestadt Stralsund B0032/2011 vom 31.03.2011 fortgesetzt.
2. Zur beratenden Begleitung der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wird die Anschlussförderung aus der nationalen Klimaschutzinitiative vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für einen Klimaschutzmanager beantragt.

mehrheitlich beschlossen

2014-VI-04-0096

### **zu 13 Verschiedenes**

Herr Philippen lobt die sehr gute Sitzungsleitung während der heutigen Bürgerschaftssitzung.

Herr Paul übermittelt auf diesem Wege allerbeste Genesungswünsche für das Bürgerschaftsmitglied Herrn Westphal. I

### **zu 14 Ausschluss der Öffentlichkeit, Eintritt in den nichtöffentlichen Teil**

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 17      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntmachung der Ergebnisse  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

**zu 18      Schluss der Sitzung**

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Paul, beendet die 04. Bürgerschaftssitzung

gez. Peter Paul  
Vorsitz

gez. Thomas Schulz  
Stellvertretender Vorsitz

gez. Birgit König  
Protokollführung